



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. Mai 2009 (08.06)
(OR. en)**

10400/09

**COPEN 101
EJN 31
EUROJUST 33**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

| | |
|------------------|---|
| Absender: | Herr Hans G. NILSSON, Ständige Vertretung Schwedens bei der Europäischen Union |
| Eingangsdatum: | 3. April 2009 |
| Empfänger: | der Generalsekretär/Hohe Vertreter, Herr Javier SOLANA |
| Nr. Vordokument: | 16288/03 COPEN 132 EJN 17 EUROJUST 20 |
| <u>Betr.:</u> | Aktualisierte Fassung der schwedischen Notifikationen und Erklärungen gemäß dem Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten |

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Ich darf Ihnen in der Anlage eine aktualisierte Fassung der schwedischen Notifikationen und Erklärungen gemäß dem Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten übermitteln.

(Schlussformel)

gez. Hans G NILSSON

Aktualisierte Angaben Schwedens

Hiermit wird eine aktualisierte Fassung der schwedischen Notifikationen und Erklärungen gemäß Artikel 6 Absatz 3, Artikel 7, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 13 Absatz 4, Artikel 25 Absatz 2, Artikel 27 Absatz 1 und Artikel 28 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten übermittelt.

Artikel 6 Absatz 3

Die folgenden schwedischen Behörden sind befugt, einen Europäischen Haftbefehl auszustellen und zu vollstrecken.

Ausstellende Justizbehörde

Ein Europäischer Haftbefehl zum Zwecke der Strafverfolgung wird von einem Staatsanwalt ausgestellt.

Ein Europäischer Haftbefehl zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer anderen freiheitsentziehenden Maßregel der Sicherung wird vom Reichspolizeiamt (Rikspolisstyrelsen) ausgestellt.

Vollstreckende Justizbehörde

Die vollstreckenden Justizbehörden in Schweden sind die Staatsanwälte und die allgemeinen Gerichte.

Europäische Haftbefehle werden in Schweden wie folgt vollstreckt:

Der Europäische Haftbefehl wird dem zuständigen Staatsanwalt übermittelt. Ein Ersuchen gemäß Artikel 27 Absatz 4 oder Artikel 28 Absatz 3 wird dem Staatsanwalt übermittelt, der mit der Übergabe der gesuchten Person befasst ist.

Sollte unklar sein, welcher Staatsanwalt für die Behandlung des Europäischen Haftbefehls zuständig ist, werden sachdienliche Auskünfte vom Reichsstaatsanwalt, vom Reichspolizeiamt oder von der Kontaktstelle des Europäischen Justiziellen Netzes erteilt.

Riksåklagaren
Internationella enheten
Box 5553
114 85 STOCKHOLM
Telefon: +46-8-453 66 00
Telefax: +46-8-453 66 99
E-mail: registrator.riksaklagaren@aklagare.se

Rikspolisstyrelsen
Enheten för internationellt polissamarbete
Box 12256
102 26 STOCKHOLM
Telefon: +46-8-401 37 00
Telefax: +46-8-401 48 99
E-Mail: ipo.rkp@polisen.se

Ein Stadt- oder Bezirksgericht entscheidet auf Antrag des Staatsanwalts über eine Übergabe. Gegen diese Entscheidung können Rechtsmittel beim Berufungsgericht und beim Obersten Gerichtshof eingelegt werden. Für eine Berufung beim Obersten Gerichtshof ist eine Genehmigung erforderlich. Das gleiche Verfahren gilt auch für Ersuchen nach Artikel 27 Absatz 4 bzw. Artikel 28 Absatz 3.

Neben dem oben beschriebenen ordentlichen Verfahren kann der Staatsanwalt beschließen, dass ein Haftbefehl nicht vollstreckt wird, wenn die ausstellende Justizbehörde nicht die Informationen zur Verfügung stellt, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob ein Europäischer Haftbefehl zu vollstrecken ist.

Ansprechpartner in Bezug auf alle Kontakte und Schriftwechsel betreffend eine Übergabe aufgrund eines Europäischen Haftbefehls sind die Staatsanwälte bzw. die die Untersuchung unterstützenden Polizeibeamten.

Artikel 7

In Schweden wird die Übermittlung und Entgegennahme von Europäischen Haftbefehlen im Direktkontakt zwischen den Justizbehörden erfolgen. Die Zentralbehörde beim Justizministerium kann jedoch die zuständigen Justizbehörden in ihrer Arbeit unterstützen, wenn sie darum ersucht wird.

Justitiedepartementet
Enheten för brottmålsärenden och internationellt rättsligt samarbete (BIRS)
Centralmyndigheten
103 39 STOCKHOLM
Telefon: +46-8-405 10 00 (Telefonzentrale), +46-8-405 45 00 (Geschäftsstelle)
Telefax: +46-8-405 46 76
E-post: birs@justice.ministry.se

Artikel 8 Absatz 2

Schweden wird Europäische Haftbefehle in schwedischer, dänischer, norwegischer und englischer Sprache sowie Haftbefehle, denen eine Übersetzung in eine dieser Sprachen beigelegt ist, akzeptieren.

Artikel 13 Absatz 4

Die Person, um deren Übergabe ersucht wird, kann ihre Zustimmung zu der Übergabe widerrufen, wenn dies vor der Gerichtsentscheidung zur Frage der Übergabe geschieht.

Artikel 25 Absatz 2

Für die Entgegennahme der Durchlieferungsersuchen und der erforderlichen Unterlagen sowie des sonstigen amtlichen Schriftverkehrs im Zusammenhang mit Durchlieferungsersuchen ist das Reichspolizeiamt zuständig.

Artikel 27 Absatz 1

Schweden erteilt keine Zustimmung im Sinne von Artikel 27 Absatz 1 zum Zweck der Strafverfolgung, der Verurteilung oder der Inhaftierung wegen einer anderen, vor der Übergabe durch Schweden begangenen Straftat.

Artikel 28 Absatz 1

Schweden erteilt keine Zustimmung im Sinne von Artikel 28 Absatz 1 zu einer Übergabe an einen anderen Mitgliedstaat als Schweden aufgrund eines Europäischen Haftbefehls, der zur Ahndung einer Straftat ausgestellt wurde, die vor der Übergabe durch Schweden begangen wurde.